

Keine Atomwaffen für die Taliban

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, informierte über Afghanistan

WALDDORFHÄSLACH (pm). Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold war kürzlich auf Einladung der SPD-Ortsvereine Walddorfhäslach-Pliezhausen und Altenriet zu Gast in der Gustav-Werner-Schule in Walddorfhäslach. Zunächst umriss Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und zugleich Obmann im Kundus-Untersuchungsausschuss, die Strategie seiner Partei für Afghanistan.

Die Wurzeln des Konflikts reichen, so Arnold, bis ins Jahr 1989 zurück, als nach dem Abzug der Sowjets und dem Rücktritt des letzten kommunistischen Präsidenten Mohammed Nadschibullah 1992 in Afghanistan formal keine anerkannte Regierung mehr existierte und die so genannten Mudshaheddin einander bekriegten, was bis 1995 zu einem Bürgerkrieg führte. 1995 trat die neue Organisation der Taliban auf, die vor allem im Süden des Landes Fuß fassen konnte und der die sogenannte „Nordallianz“ (ehemalige Mudshaheddin-Einheiten) Widerstand leisten konnte.

Die Taliban gewährten der Terrororganisation Al-Qaida in ihrem Land Unterschlupf und richteten Ausbildungslager ein. Mit dem 11. September 2001 begann der Antiterrorkampf der USA, den die Nordallianz unterstützte, in Afghanistan, Die Taliban seien vertrieben worden, rich-

teten sich aber in den Nachbarländern, vor allem in Pakistan, ein.

Die Sicherheitslage in Afghanistan sei nicht einheitlich. „Man darf nicht alles über einen Kamm scheren. Von den 400 Distrikten sind 280 relativ sicher.“ Vor allem im Osten und Süden gebe es jedoch Gebiete, in denen ein Einsatz ausgesprochen schwierig sei. Eine Aufgabe der Bundeswehr sei es, im relativ instabilen Norden des Landes Verantwortung zu übernehmen, die Bevölkerung vor den Taliban zu schützen und die Infrastruktur zu verbessern, um so beispielsweise Mädchen das Menschenrecht auf Bildung zu gewährleisten.

„Warum stehen deutsche Truppen in Afghanistan?“

Warum aber stehen deutsche Truppen in Afghanistan? Nach Arnold gibt es dafür vier Gründe: Erstens könne das wiedervereinigte Deutschland keine außenpolitische Sonderrolle mehr einnehmen, da es Mitglied verschiedener Organisationen sei, beispielsweise in der Nato mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten. Zweitens würde Afghanistan in die Hände der Taliban zurückfallen und dies bedeute, dass die Lage im Atomwaffenstaat Pakistan und den angrenzenden Ländern sich verschlimmern

würde. „Schon jetzt hat Pakistan Mühe, sich der Taliban zu erwehren.“ Es sei kaum auszudenken, was es bedeuten könnte, wenn Taliban im Besitz von Atomwaffen seien. Drittens verwies Arnold auf wichtige ethische Komponenten: Die Frage eines Einsatzes sei immer ein schwieriger Abwägungsprozess, den sich kein Abgeordneter leicht mache. So könne man sich durch einen Einsatz schuldig machen. Aber auch derjenige, der unschuldige Menschen einfach ihrem Schicksal überlasse, lade Schuld auf sich. Man müsse sich nur an die erschreckenden Beispiele von Ruanda erinnern. Der letzte Grund sei vielleicht eher ein untergeordneter: „Können wir uns erlauben, unsere Wirtschaftsverbindungen zu gefährden?“ gab Arnold zu bedenken. Man solle sich vorstellen, die Schiffe könnten nicht mehr um das Horn von Afrika fahren. Mögliche Folgen könnten sein, dass die Erdölpreise stark steigen würden und der soziale Frieden in Gefahr kommen könnte.

In der anschließenden Diskussion mit dem Abgeordneten wurden die Sicherheitslage für die deutschen Soldaten, die Rechtsgrundlage ihres Einsatzes und natürlich der Kunduz-Untersuchungsausschuss angesprochen. Musikalisch umrahmt wurde der Vortrag von der Gruppe „two play“ mit Simon Madaus und Martin Dillmann.